

Vorfrische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard. Vorstand: Ned. (in Ausw. d. Handelst.); L. V. Dr. Sven v. Müller. Blau-Druck Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verantwortliche Redaktion: Am Dönhof (A 7) 3000-3006. Für den Paragrafen: Am Dönhof 3005-3006. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Reichsrat bewilligt Panzerkreuzer

Mit Stimmengleichheit / Doppelvorlage des Kabinetts? / Ein Vorstoß der Nationalsozialisten

Das Kabinett Berlin ist plötzlich in eine sehr schwierige Situation geraten. Der Reichsrat hat heute bei der Beratung des Etats 2,9 Millionen Mark als erste Baureihe für den Panzerkreuzer „B“ eingestimmt. Ein entsprechender Beschluß war schon gestern von den Reichsrats-Ausschüssen gefaßt worden. Im Plenum des Reichsrats lag heute ein Antrag Preussens vor, diesen Beschluß der Ausschüsse abzuändern.

Der preussische Antrag wurde aber bei fünf Entschiedenheiten mit Stimmengleichheit — 29:29 — abgelehnt. Die 2,9 Millionen für die erste Baureihe sind also bewilligt. Das Kabinett, das heute nachmittags zusammentrat, wird sich darüber schlüssig machen müssen, ob es den Beschluß des Reichsrats annimmt oder eine Doppelvorlage einbringt.

Gegen den preussischen Antrag stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, des Rheinlandes, Bayerns, der Provinz Sachsen, Thüringens, von Westfalen-Schlesien und Oldenburg.

Enthalten haben die Vertreter der Grenzmark, von Obersachsen, Mittelrhein, Bremen und Mecklenburg-Schleswig.

Der Kampf um den Panzerkreuzer „B“ ist unermüdet über Nacht entbrannt. Man erinnert sich der innerpolitischen Schwierigkeiten, die durch die Etat-Politik für den Panzerkreuzer „A“ nach unter dem Kabinettminister Marx hervorgerufen und nachher unter dem Reichminister Müller-Graun mißglückt beiliegen wurden. Bei der Aufstellung des Etats für 1930 ist von Reichstreffen die Forderung erhoben worden, das wenigstens eine Ankerentwerfung für den Panzerkreuzer „B“ im Etat erscheinen. Der Reichsminister hat sie sich nicht zu eigen gemacht. Die Hälfte der Reichsausgaben gegenüber 1929 entfiel ebenfalls auf den Reichetat, und General Hoß kein jändisches Grund, seine Haushalt mit einer Überfülle, lediglich als politische Demonstration witzende Ausgabe für den Panzerkreuzer „B“ zu belassen. Bis gestern noch stand man im Reichsministerium dem Gedanken einer „Ankerentwerfung“ nicht abnehmend gegenüber. In der heutigen Sitzung des Reichsrats bei der Beratung des Etats gab Reichsminister Dr. Brüning seinen Namen der Regierung folgende Erklärung ab:

„Die Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 1. April durch den Mund des Reichspräsidenten erklärt, daß sie den noch von der früheren Reichsregierung aufgestellten Entwurf eines Haushaltsplanes in allen seinen Teilen übernehmen und mit dieser Lösung werde, doch insbesondere die Arbeiten des Reichsrats in Verbindung dieses Haushaltsplanes durch den Regierungswechsel keine Sitzung erfahren sollen. Erst nachdem der Reichsrat zu dem Reichsbauhaushalt eine endgültige Stellung genommen haben wird, wird es Sache der Reichsregierung sein, sich wegen der Frage einer etwaigen Doppelvorlage bei der einen oder anderen Frage erneut mit dem Reichsbauhaushalt zu beschäftigen.“

Nachdem der Reichsregierung die Entscheidung der von mir nochmals in Erinnerung gerufenen Regierungserklärung vom 1. April auf dem Boden des ihr vorgelegten Reichsbauhaushaltsplanes steht, darf ich dabei die Bitte an den Reichsrat richten, nach eigenem besten Willen und nach rein fachlichen Erwägungen abschließend Stellung nehmen zu wollen und sich insbesondere in keiner Weise von der Reichsregierung beiraten zu lassen.“

Diese Erklärung des Reichsministers Brünings dem Reichsrat erwirkt, als ob die Regierung sich nicht vorbehalte, ob sie einen politischen Beschluß des Reichsrats annehme oder eine Doppelvorlage einbringen werde. In Wirklichkeit hatte die Regierung aber sich schon bis zu einem gewissen Grade festgelegt. Dem sie hatte in den Ausschlüssen erklären lassen, sie würde, ohne den Antrag selbst zu übernehmen, seine Annahme begrüßen und sich mit Reichsrat und Reichsrat für ihn einsetzen. So ist auch die Erklärung

Reichspräsidenten im Reichsrat vorhanden worden. Soweit sie Einfluß hatte, geschah es im Sinne der Zustimmung zur Baureihe. Wenn die preussische Regierung im Reichsrat keinen Antrag auf Ablehnung eingebracht, sondern nur der Beschluß der Ausschüsse zur Abstimmung gelangt wäre, dann hätte die Stimmengleichheit zu genau dem gegenteiligen Ergebnis geführt, nämlich zur Ablehnung der Baureihe. Aber das sind faktische Fragen, deren Streit später folgen kann. Zunächst stehen wir vor der Tatsache, daß nicht ohne Beschluß der Regierung ein neuer politischer Anstoß des deutschen Volkes geworden ist.

Der umfrittene Generaldirektor

Personalkampf um die Baseler Reparationsbank

Der Präsident der Bank für Internationale Zahlungen in Basel, der Amerikaner Woodruff, war, wie wir hören, in den letzten Tagen in Berlin und hat dem Reichsbaupräsidenten Brüning einen Besuch abgestattet. Dabei wurde die Frage, wer Generaldirektor der Baseler Bank werden soll, ebenfalls erörtert. Die Reichsbank hält im Einvernehmen mit der deutschen Regierung daran fest, daß die Übernahme des Generaldirektorpostens durch einen Franzosen nicht abgelehnt werden könne und den Deutschen eine leitende Stellung in der Bank vorbehalten bleiben muß.

Stimmt das Kabinett heute jenseits dem Beschluß des Reichsrates zu, dann setzt es sich mit seiner eigenen Regierungserklärung in Widerspruch und macht sich so völlig abhängig von den Deutschnationalen, daß es als ein ausgeprägtes Reichstribunal angesehen werden müßte. Und das war ja auch wohl der Wille jener Deutschnationalen hinter den Kulissen, die im Reichsrat für die Einbringung der Baureihe gewirkt haben.

Man hatte sich gegenwärtig der Reichsbauverwaltung stellt die Baureihe nicht ein, weil er sie fast nicht für nötig hält. Das Kabinett Brüning erklärt, an dem von der früheren Regierung übernommenen Etat nichts ändern zu wollen. Nicht eine Frage der militärischen Notwendigkeit, der Sicherheit des Reiches hängt zur Entscheidung, man hat es lediglich mit einem nationalitätlichen Vorstoß, mit einer politischen Kampfbahn zu tun.

Sticht um 2,9 Millionen handelt es sich, sondern um den innerpolitischen Kampf der Parteien. Und das Kabinett steht am Scheitelpunkt. Es hat bisher Wert darauf gelegt, sich von den Nationalisten zu distanzieren. Berichtigt das Kabinett Brüning auf die Doppelvorlage, dann verliert es damit eine Schwandung, die nicht mißverstanden werden kann. Das ist die politische Bedeutung.

Kommunisten-Krawalle in Ratibor

Breslau, 16. April | Ullstein-Nachrichtendienst
In Ratibor begannen gestern nachmittag mit dem Städtischen Volkshausfront von Kommunisten geführte Demonstrationen, die sich bis heute vormittag fortsetzten und in mehreren Zusammenstößen mit der Polizei führten. Mehrere tausend Erwerbslose, die von den Kommunisten aufgeführt waren, verlangten vor dem Volkshaus eine Osterbeihilfe. Die Polizei verhielt sich zunächst vollkommen ruhig. Die Menge drang jedoch plötzlich auf die Polizeistationen ein, begann das Pfalter aufzureißen und sie mit Steinen und mit Köpfen von einem in der Nähe befindlichen

Kohlenplatz zu bombardieren. Ein Schutzpolizist wurde sehr schwer verletzt. Mehrere andere erlitten durch Steinwürfe leichte Verletzungen. Die Polizei ging daraufhin mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vor und drängte sie zurück. Die Demonstration wurde daraufhin nur dem Rathaus fortgesetzt, doch gelang es der Polizei, die namentlich mit dem Kabinett orientiert, auch hier die Demonstranten abzurufen.

Hughes Nachfolger im Haag

New York, 16. April | Ullstein-Nachrichtendienst
Präsident Hoover hat zum Nachfolger des verstorbenen Charles Hughes den Posten Reichsanwalt Roland B. Fox zu dem amerikanischen Mitglied des fünftägigen Haager Internationalen Obertribunals ernannt. Foxen, der im 67. Lebensjahr steht, war ehemals inoffizieller Berater der Internationalen Arbeitskommission und zuletzt Oberster Richter bei der amerikanischen Kommission zur Regelung deutscher und amerikanischer Seebahn-erfordernisse, der „Riedel Claim Commission“. Sein Nachfolger im Schlichteramt ist noch nicht ernannt.

Saison-Ausverkäufe ab 1. August

Die Vorjahrstermine werden beibehalten
Im Jahre 1929 wurde wegen des durch die ungünstige Witterung verzipelten Geschäftes erstmalig in Berlin und in anderen Teilen des Reiches der Beginn des Sommer- Ausverkaufs vom 1. Juli auf den 1. August verlegt. In diesem Jahre wird die Späterlegung des Ausverkaufs auf den 1. August für Groß-Berlin beibehalten. Saison-Ausverkäufe dürfen in Berlin in der Zeit vom 1. August bis 31. August veranstaltet werden.

2000 Siemens-Arbeiter sollen entlassen werden

Bei Siemens und Halske werden in den nächsten Wochen rund 2000 Arbeiter entlassen werden. Die Maßnahme wird mit dem Niedergang der Konjunktur im Fernsprechtsystem begründet.
Vor einiger Zeit hatte die Verleitung an den Gewerkschaftsamt einen Antrag gestellt, die Entlassungen durchzuführen. Dieser Antrag ist jetzt genehmigt worden. Die Entlassungen werden mehr als ein Sechstel der Gesamtzahl der Arbeiter betreffen, die in der Fernmeldetechnik bei Siemens und Halske beschäftigt sind.

Auch Köln erhöht die Steuern

Köln, 16. April | Ullstein-Nachrichtendienst
Der Kölner städtische Haushalt für 1930 ist in der vergangenen Nacht mit dem Stimmen des Zentrum und der Sozialdemokraten angenommen worden. Das bedeutet, daß der Aufschlag zur Grundvermögensteuer auf 300 v. H., zur Gewerbesteuer auf 600 und auf die Grunderwerbsteuer auf 1800 v. H. erhöht wird. Wegen die Steuererhöhungen und den Etat stimmten alle anderen Parteien, insbesondere auch Demokraten, Volkspartei und Arbeitnpartei.
Die Steuererhöhungen stellen ein Kompromiß zwischen Vermehrung, Zentrum und Sozialdemokratie dar. Dem Zentrum zustimmte, um eine Finanzkonsolidierung zu erreichen. Die Demokraten begründeten ihre Ablehnung mit dem Wirtschaften, das ihnen die fest Jahr und Tag in Köln geübte Methode einfließt, den Etat und die Volkspartei von der Ausgabe her aufzubauen, hat von den weitestgehend erträglichen Einnahmen ausgehen.